

18.02.02**Empfehlungen
der Ausschüsse**G - FJzu **Punkt** der 773. Sitzung des Bundesrates am 1. März 2002

**Mitteilung der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates
zur Qualitätsverbesserung der Mammographie****Der federführende Gesundheitsausschuss und
der Ausschuss für Frauen und Jugend**

empfehlen dem Bundesrat, zu der Mitteilung wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Der Bundesrat stellt fest, dass nach der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf absehbare Zeit keine nachhaltige Verbesserung bei der Brustkrebsfrüherkennung und hier insbesondere bei der Mammographie erzielt werden kann.

In der Mitteilung der Bundesregierung wird auf eine Stellungnahme des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen vom 21. September 2001 Bezug genommen, die im Wesentlichen die hinlänglich bekannte Position der Planungsstelle Mammographie-Screening wiedergibt. Die für eine flächendeckende Einführung des Mammographie-Screenings notwendigen Erkenntnisse aus den Modellversuchen würden voraussichtlich 2003 zur Verfügung stehen.

Ausgeliefert am 18. FEB. 2002

(noch Ziffer 1)

Gegen eine derart optimistische Einschätzung spricht der bisherige Zeitverlauf der Modellprojekte (Beschluss 1996, erste Untersuchung 2001) und das Wissen um die Strukturen im deutschen Gesundheitssystem, die auch nach dem Vorliegen der Erkenntnisse keine zeitnahe Umsetzung erwarten lassen. (Der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen hat sich hierzu in Band III des Gutachtens 2000/2001 explizit geäußert, siehe "12.2 Mammakarzinom, Abschnitt 119.")

Andere ernst zu nehmende Konzeptionen, wie man die qualitätsgesicherte Brustkrebsfrüherkennung zügiger umsetzen könnte, werden damit nicht aufgegriffen.

Die ebenfalls erwähnte Vereinbarung der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärzte und Krankenkassen zur Qualitätsverbesserung hinsichtlich der kurativen Mammographie ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, bleibt aber weit hinter den Erwartungen und Möglichkeiten zurück. Insbesondere beschränkt sich diese Vereinbarung auf die Überprüfung der Qualifikation der mammographierenden Ärzte und enthält darüber hinaus aber keine koordinierenden oder integrierenden Versorgungskonzepte.

Offenbar sieht die Bundesregierung also keine Möglichkeit, zu einem früheren Zeitpunkt eine Verbesserung der Versorgung der betroffenen Frauen zu erreichen. Dieses Ergebnis ist unbefriedigend. Der Bundesrat betont, dass ihm eine Beschleunigung der flächendeckenden Brustkrebsfrüherkennung ein wichtiges gesundheitspolitisches Ziel ist. Er begrüßt in diesem Zusammenhang die Bestrebungen von Kassenärztlichen Vereinigungen der Länder zur Qualitätssteigerung bei Mammographie-Untersuchungen.

2. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, noch in diesem Jahr ein Konzept vorzulegen, mit welchem wirksame Qualitätsverbesserungen bei der Brustkrebsfrüherkennung und hier insbesondere bei der Mammographie erzielt werden können.

*